

PAUKOS im Gespräch mit Ulrich Meyer

Schulleiter der Gesamtschule Schinkel

von Henrik Peitsch

Paukos: Die neue Landesregierung hat wie zu erwarten einen Entwurf zur Novellierung des Schulgesetzes vorgelegt. Das neue Gesetz soll noch vor der Sommerpause verabschiedet werden. Mit einem Rückgriff auf einen antiquierten Bildungsbegriff wird das gegliederte Schulsystem zementiert, die Durchlässigkeit des Systems wird faktisch eliminiert und der Elternwille ausgehebelt. Eine kompetente Antwort auf PISA? Reinhard Kahle bezeichnete die Homogenisierung der Leistungsgruppen als "pädagogische Zwangskollektivierung". Für ihn haben die Deutschen "mit dem Unterschied der Menschen noch die allergrößten Schwierigkeiten". Mit der Ausgrenzung und dem Selektieren, so könnte man hinzufügen, die geringsten. Wo liegen nach deiner Meinung die ärgsten Schwächen des Entwurfs?

Ulrich Meyer: Genau darin, dass die frühzeitige Selektion der Kinder, angeblich nach Begabung, das primäre Interesse des Gesetzgebers ist und deshalb die Schulformen des dreigliedrigen Systems scharf voneinander abgegrenzt werden. Die geforderte Durchlässigkeit ist so kaum realisierbar, es sei denn als Aussortieren der "Nicht-Geeigneten".

Dementsprechend sind integrierende oder kooperierende Schulformen nicht mehr gefragt. Die bestehenden Gesamtschulen sollen zwar fortbestehen können; es soll ihnen jedoch die Attraktivität, die sie zur Zeit haben, genommen werden. Auf jeden Fall soll es keine weiteren Gesamtschulen mehr geben. Damit wird einem Großteil der Eltern, die für ihr Kind eine Gesamtschule wünschen, diese Möglichkeit genommen. Die vorhandenen 61 Gesamtschulen in Niedersachsen sind auch bei den laufenden Anmeldungen für das kommende Schuljahr zu 50 % überzeichnet. An den IGSen konnten von 5262 angemeldeten Kindern nur 3544 aufgenommen werden. An der Gesamtschule Schinkel mussten 130 Anmeldungen leider unberücksichtigt bleiben. Eltern zeigen also deutlich, dass sie die frühzeitige Festlegung ihrer Kinder auf eine Schullaufbahn nicht wollen. Und darauf nimmt das Gesetz keine Rücksicht.

Paukos: Welche organisatorischen Probleme/Schwierigkeiten erwartest du für die Gesamtschule Schinkel, wenn das Gesetz durch ist und umgesetzt werden muss?

Ulrich Meyer: Die Anmeldezahlen werden in den nächsten Jahren nicht zurückgehen; schulrechtlich müssen wir die Anmeldungen aus der gesamten Stadt und auch aus dem Landkreis berücksichtigen; dabei kann es dann auch in den kommenden Jahren passieren, dass Kinder aus Schinkel nicht aufgenommen werden können. Das ist bedauerlich und zwingt uns zu Auseinandersetzung mit Widersprüchen. Unklar ist auch, wie die Jahrgänge 5 und 6 in Zukunft aussehen werden. Sollten wir in diesen Jahrgängen auch nach Hauptschule, Realschule, Gymnasium differenzieren müssen, würde das unserem pädagogischen Ansatz zuwider laufen. Eines ist jetzt schon klar: Eine Leitungsstelle für diese beiden Jahrgänge wird es nicht mehr geben. 400 Schülerinnen und Schüler wären dann ohne organisatorische und pädagogische Betreuung, wenn uns nicht eine Lösung einfällt, um das mit den vorhandenen Personen der Schulleitung aufzufangen.

Paukos: Die Landesregierung will allerdings das von der alten SPD-Regierung auf den Weg gebrachte Konzept der "selbständigen Schule" umsetzen. Ist dies eine Chance für kreative Kollegien trotz rückständiger Schulpolitik Freiräume für eine "gute Schule" zu schaffen?

Ulrich Meyer: Die Verantwortung für die Schule denen zu übertragen, die sie praktisch durchführen, ist ein richtiger Ansatz und kann kreative Lösungen hervorrufen. Wenn die derzeitige gute und hilfreiche Zusammenarbeit mit dem Gesamtschuldezernat der Bezirksregierung durch dessen Auflösung beendet werden sollte und stattdessen das Gymnasialdezernat für uns zuständig würde, wäre es nur zu begrüßen, wenn wir autonome Entscheidungen treffen könnten.

Paukos: Ist die angestrebte Stärkung der Selbständigkeit der Schule bei der bestehenden Schulverfassung nicht ein Systemfehler? Müsste hier nicht auch eine stärkere Demokratisierung der Binnenstruktur der Schule erfolgen: z.B. stärkere Mitwirkung und Mitverantwortung der Konferenzen, befristete Wahlämter statt unbefristete Beförderungsstellen?

Ulrich Meyer: Widersprüche in der derzeitigen Schulverfassung wie der zwischen der Gesamtverantwortung des Schulleiters und der Zuständigkeit der Gesamtkonferenz in Grundsatzfragen würden sicherlich offensichtlicher werden. Es ist

noch nicht abzusehen, wie die neue Landesregierung diesen Konflikt lösen will, entweder durch Betonung der Leitungsfunktion des Schulleiters oder durch Verstärkung der Rechte der Konferenzen. Für mich ist nicht eindeutig, welcher Lösung der Vorrang zu geben ist. Auch eine Gesamtkonferenz ist nicht von Natur aus innovativ; sie kann notwendige Innovationen bremsen oder verhindern, wenn einflussreiche Kollegen und Kolleginnen auf mögliche zusätzliche Arbeitsbelastungen bei neuen Vorhaben hinweisen.

Paukos: Der Entwurf sieht auch eine Verkürzung der Schulzeit für die allgemeinbildenden Gymnasien vor - Fachgymnasien behalten ihre dreijährige Oberstufe. Das Kurssystem wird aufgehoben. Hat sich die Verkürzung der Schulzeit in den "Modell"-Ländern eigentlich bewährt? Welche Erwartungen hast du an diese Verkürzung? War das Kurssystem ein Flop?

Ulrich Meyer: Über die Ablösung des Kurssystems durch eine breitere Anzahl von Pflichtfächern gibt es bisher lediglich Spekulationen. Natürlich kann man sich Veränderungen im System der Oberstufe vorstellen, z.B. durch eine Profileroberstufe, in der die Einzelfächer stärker aufeinander bezogen sind. Aber dass das derzeitige System nicht sinnvoll sei und sich nicht bewährt habe, würde ich nicht behaupten. Für die Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre bis zum Abitur kann man Argumente anführen, die zumeist von der Wirtschaft vorgebracht werden. Man kann jedoch auch für die Möglichkeiten plädieren, die eine 13-jährige Schulzeit bietet: Auslandsaufenthalte, Freiräume für Projekte und Praktika, musisch-kulturelle Angebote wie z.B. die Musicals an unserer Schule. Würde der Unterrichtsstoff auf 12 Jahre komprimiert, bliebe für jenes wenig Zeit. Die Gesamtschulen plädieren dafür, ihnen beide Möglichkeiten, das Abitur nach 12 oder nach 13 Jahren zu lassen. Eine innerschulische Diskussion wird dann das jeweilige Profil der Schule bestimmen können.

Paukos: Die Kultusministerkonferenz hat bereits im letzten Jahr die Einführung einheitlicher Bildungsstandards beschlossen. Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Buhlman, forciert dieses Vorhaben. Abgesehen von dem föderalen Streit zwischen den Ländern (Besetzung der Kommission) sowie zwischen Bund und den Ländern, wie schätzt du die praktische Bedeutung solcher Standards für den Schulalltag und für eine Qualitätsverbesserung von Bildung ein?

Ulrich Meyer: Hier stütze ich die Bestrebung von Frau Buhlman. So sehr ich das föderative Prinzip der Bundesrepublik schätze, für die Entwicklung der Schule war es bisher hinderlich, weil die notwendige Konsensbildung auf KMK-Ebene immer nur mittelmäßige Lösungen zuließ, wie man bei der Reaktion auf die PISA-Ergebnisse sehen konnte. In den skandinavischen Ländern hat man ein einheitliches System in den 60er und 70er Jahren mit knapp gefassten Standards einführen können, weil es eine zentrale politische Verantwortung dafür gab und gibt.

Paukos: Wer rettet die Bildung? Alle Interessenverbände - auch die Wirtschaft - fordern mehr Bildung, mehr bessere Bildung. Es gibt Kongresse und Foren und noch mehr Vorschläge. Aber offensichtlich sind damit keine politischen Mehrheiten zu aktivieren. Es wird genau das Gegenteil getan. Also, wo sind die Bremsen und Verhinderer? Oder meinen es die meisten Akteure nicht Ernst?

Ulrich Meyer: Aus den politischen Parteien erwarte ich zurzeit keine entscheidenden Anstöße. Was die CDU jetzt vorhat, sehen wir, die SPD hätte in den vergangenen Jahren mehr Möglichkeiten gehabt, die sie aber aus Angst vor Kritik und möglichem Machtverlust - was jetzt trotzdem oder gerade deshalb passiert ist - nicht genutzt hat. Die Vorstöße der Grünen, Schüler länger gemeinsam zu unterrichten, gehen schon in die richtige Richtung, aber sie können es zur Zeit nicht durchsetzen. Und die FDP? Lehrerverbände, auch die GEW, achten primär auf die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte. Doch damit geben sie keine Impulse für die Schulentwicklung. Bisweilen stützen sie eher die Bremsen in den Kollegien. Wirkliche Innovationen kommen nach meinen Erfahrungen vor allem aus Initiativgruppen aus dem Kollegium, denen die Schulleitung dann den notwendigen Entwicklungsraum und eine sächliche und argumentative Unterstützung geben muss, damit die Initiative von möglichst vielen Kolleginnen und Kollegen getragen wird. Nur so ist in den letzten Jahren das Profil der Gesamtschule Schinkel geschärft worden, sodass eine deutliche Imageveränderung vollzogen wurde. Das zeigt, dass eine Schule, die selbstständig und selbstverantwortlich agiert, sehr erfolgreich sein kann. Dafür werden wir uns einsetzen, dass wir diese Freiräume auch bei einer veränderten bildungspolitischen Situation behalten.

Paukos: Lieber Ulrich, ich danke dir für dieses Gespräch.

Die Fragen stellte *Henrik Peitsch*.

